

# BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • Nr. 1 • 69. Jg, MÄRZ 2018

SPÖ OÖ-Info-Nr. 1/2018 • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • Erscheinungsort Linz • SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

## Her mit der Quote!



**Frauenvolksbegehren:**  
Jede Stimme zählt

Seite 4

**Gewalt im Alltag:**  
Der Feind sitzt auf der Couch

Seite 11

Platz für große und  
kleine Wünsche.\*

\* [www.wohntraumplaner.at](http://www.wohntraumplaner.at)

Jetzt online  
Wohnraum  
berechnen!

**HYPO**  
OBERÖSTERREICH



[www.hypo.at](http://www.hypo.at) [vertrieb@hypo-ooe.at](mailto:vertrieb@hypo-ooe.at) Tel. 0732 / 7639 54452

Wir schaffen mehr Wert.

Engeltliche Einschaltung

# Digitoll ist,

## wenn wir morgen nicht von gestern sind.

WIR SIND  
da, wo Sie  
**DAHEIM**  
sind.  
Seit 1892

#digitoll

Die Digital-Offensive  
der Energie AG

Kunden der Energie AG profitieren davon, dass wir bei der Digitalisierung an morgen denken. Die Digital-Offensive der Energie AG bietet schon heute viele zukunftsorientierte Dienstleistungen, die täglich Ihr Leben erleichtern – Service und Komfort per Mausclick.

**ENERGIE AG**  
OBERÖSTERREICH

Wir denken an morgen

Mehr Infos unter [digitoll.energieag.at](http://digitoll.energieag.at)

# Kopfschütteln erlaubt

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR



Österreichs türkis-blaue Regierung wird ihre parlamentarische Mehrheit verwenden, um einschlägige Politik umzusetzen. Es ist aber schon auch erlaubt, manchmal verständnislos den Kopf zu schütteln oder über gar zu Tollpatschiges zu lächeln. Das Foto von Innenminister Herbert Kickl, das ihn beim Probereiten auf Polizeipferden (inklusive blauer Schleppe) zeigt, ist beispielsweise eher zum Lächeln. Über die zunehmend publik werdende Deutschtümelei und den abscheulichen Antisemitismus der schlagenden Burschenschaften braucht man nicht überrascht sein und daher auch nicht den Kopf schütteln, das war alles schon längst bekannt. Da dürfen ÖVPLer jetzt nicht überrascht tun. Der Autor Hans-Henning Scharsach hat schon vor der Nationalratswahl mit „Stille Machtergreifung. Hofer, Strache und die Burschenschaften“ ein Buch vorgelegt, in dem die einschlägigen Umtriebe und die FPÖ-Machtverhältnisse – penibel dokumentiert – präsentiert wurden.

„Da dürfen ÖVPLer jetzt nicht überrascht tun.“

Lächeln erlaubt ist aber bei den Volten und Haken, die die Freiheitlichen rund um das Thema Rauchverbot in der Gastronomie schlagen: Da tritt die Gesundheitssprecherin der Freiheitlichen gegen das Rauchverbot auf. Der FPÖ-Vizekanzler meint, dass leider erst nach 2021 eine Volksabstimmung möglich sei, warum und wie dann 1978 eine über Zwentendorf und eine vor dem österreichischen EU-Beitritt im Jahr 1995 möglich waren, das sagt er nicht. Der FPÖ-Klubobmann wiederum meint, dass wegen des Regierungsabkommens leider keine anderen Maßnahmen möglich seien. Offensichtlich haben aber die Freiheitlichen die Aufhebung des bereits beschlossenen, generellen Rauchverbots in der Gastronomie als Koalitionsbedingung formuliert. Die Freiheitlichen müssten nur wollen. Zum Kopfschütteln ist aber auch, dass der Kanzler und seine Bundes-ÖVP eisern dazu schweigen. Und damit mitmachen.

- 4 Frauenvolksbegehren:** Die Hauptforderungen des aktuellen Volksbegehrens analysiert Autorin Raphaela Tiefenbacher.
- 6 Interview:** Warum es notwendig ist, das Frauenvolksbegehren zu unterstützen, erklärt SPÖ-Landesfrauenvorsitzende Sabine Promberger.
- 8 Einkommen:** Über die Hintergründe der Einkommensungleichheit von Männern und Frauen schreibt die oberösterreichische ÖGB-Frauenvorsitzende Elfriede Schober.
- 9 Arbeitsplatz:** Über die rechtlichen Konsequenzen von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz informiert AK-Expertin Kerstin Schrabmair-Nagy.
- 10 Gläserne Decke:** Sonja Ablinger, Vorsitzende des österreichischen Frauenrings, erläutert die Notwendigkeit der Quotenregelung.
- 11 Gewalt im Alltag:** Über das Problem der häuslichen Gewalt schreibt Dagmar Andree, Vorsitzende des Linzer Frauenhauses.
- 12 Geschlechtergerechtigkeit:** Es sei Zeit, aus der Rolle zu fallen, erklärt die ehemalige Vorsitzende der Österreichischen HochschülerInnenschaft, Barbara Blaha.
- 13 Erinnerung:** Seine Gedanken zum 200. Jahrestag der Geburt von Karl Marx fasst der SPÖ Landesbildungsvorsitzende Bernd Dobesberger zusammen.

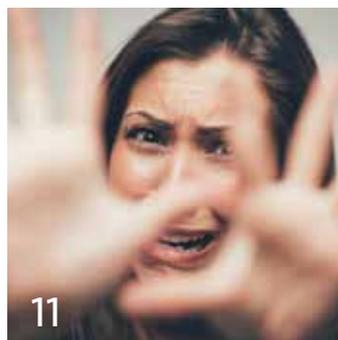
## Inhalt



4



8



11



12

**Medieninhaber, Herausgeber, Verleger:** Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Tel: 05-77 26 11-16, annemarie.obermueller@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at

**Redaktion:** Bernd Dobesberger, Georg Hubmann, Wolfgang Kempfner, Manuel Kreuzer, Gerald Mitterlehner, Annemarie Obermüller, Peter Rohrmoser

**Grundsätzliche Richtung:** sozialdemokratisch • **Hersteller:** Gutenberg-Werberg Ges.m.b.H.

Nr. 01/18, März, SPÖ ÖO-Info-Nr. 1/2018, GZ 022032837 M, P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ ÖO, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des österreichischen Umweltzeichens, Gutenberg-Werberg GmbH, UW-Nr. 844



klimaneutral gedruckt  
CP IKS-Nr.: 53401-1603-1037

# Setzen wir ein Zeichen – jede Stimme zählt!

In einer Welt, die von massiver, an den Geschlechterlinien verlaufender Ungleichheit in Macht, Geld und Einfluss geprägt ist, kann Emanzipation nur geschehen, indem Strukturen verändert werden.

RAPHAELA TIEFENBACHER

**D**as aktuelle Frauen\*volksbegehren fordert ein Recht auf Gleichwertigkeit, Vielfalt und Sicherheit von Frauen\*, Männern\* und Kindern. In diese Begriffsrahmung eingegossen finden sich neun Forderungen, die einen nachhaltigen Fortschritt für Österreich bedeuten können.

Die Frage nach der Gleichstellung ist eine vielschichtige. In wesentlichem Ausmaß ist sie aber eine soziale Frage, da sich Benachteiligung immer auch in einen wirtschaftlichen Kontext bettet. Wer Vermögen besitzt, genießt mehr Sicherheit, ist weniger abhängig von Gehalt und Lohnarbeit und muss sich weniger vor sozialem Abstieg fürchten. Frauen\* sind zu einem wesentlich höheren Prozentsatz von Armut betroffen, als Männer\*. Kinderreiche Familien finden sich eher in finanziellen Notlagen, als Alleinstehende. Das führt zu einer weitgehenden Unfreiheit und Ungerechtigkeit, der nur durch engagierte Gesetzgebung Einhalt geboten werden kann.

## Gerechtere Zukunft

Obwohl das Frauen\*volksbegehren die Perspektive von Frauen\* zu beleuchten sucht, nutzt es nicht nur ihnen. Die Verbesserung ihrer Ausgangssituationen betrifft nämlich bei weitem nicht nur Frauen\* allein. Auch deren Kinder werden einmal erwachsen. Ihnen soll die Aussicht auf ein erfülltes Leben ohne materielle Not nicht von vornherein verbaut sein. Dazu muss eine solidarische Gesellschaft soziale Grundbedingungen schaffen. Männern\* wäre mit einer Umverteilung von Arbeit, Macht und Geld, wie sie das Volksbegehren fordert, ebenso geholfen. Denn so besteht für sie eine verbesserte Chance auf die oftmals ersehnte Balance zwischen Beruf und Familie. Die vertretenen Forderungen sind letztlich geeignet, jeder Österreicherin und jedem

Österreicher die Perspektive auf eine gerechtere Zukunft einzuräumen.

## Alleinerziehende am stärksten betroffen

Eine der verwundbarsten Bevölkerungsgruppen Österreichs sind die 300.000 Alleinerziehenden, von denen 90 Prozent Frauen\* sind. Mehr als die Hälfte dieser Haushalte sind armutsgefährdet. Die materielle Not der Mütter wirkt sich selbstverständlich nicht nur auf diese selbst aus, sondern betrifft auch unmittelbar deren Kinder. Oftmals bleiben prekäre Verhältnisse über Generationen bestehen, denn fehlende Ressourcen und finanzielle Absicherung erschweren den Bildungsaufstieg und konservieren Armut, die so in stetigem Fortgang weitervererbt wird.

## Kinder in Armutsgefährdung

Laut Statistik Austria leben rund 290.000 Kinder und Jugendliche unter 19 Jahren in Armutsgefährdung. Dass so viele Kinder in einem der reichsten Länder der Welt in Armut aufwachsen, darf nicht hingenommen werden, zumal es konkrete Möglichkeiten gibt, dies zu ändern. Die Hälfte der Betroffenen bekommt keinen oder zu wenig Unterhalt vom nicht im Haushalt lebenden Elternteil.

Das Frauen\*volksbegehren ruft daher dazu auf, materielle Not von Kindern durch die Einführung eines existenzsichernden, staatlichen Unterhaltsvorschlusses zu beseitigen. Das Konzept ist einfach: Wie viel Geld die Erziehung und Versorgung eines Kindes kostet, muss mit einer Untergrenze definiert werden und darf sich nicht lediglich am Einkommen des zahlungspflichtigen Elternteils orientieren. Dazu bedarf es der Festlegung allgemeiner Regelbedarfsätze. Werden diese unterschritten, soll der

### DIE AUTORIN:

#### Raphaela Tiefenbacher

ist eine der Protagonistinnen des „Frauen\*volksbegehren 2.0“. Die auf der Webseite [www.frauenvolksbegehren.at](http://www.frauenvolksbegehren.at) ausgeübte

Genderregelung mit \* wurde auch in diesem Artikel angewandt. Mit einem Gender-Sternchen sollen sich auch jene Menschen sprachlich berücksichtigt fühlen, die nicht mit den Begriffen „Mann“ oder „Frau“ beschrieben werden können oder wollen.



Staat künftig einspringen, um sicherzustellen, dass diese Mindestbeträge an die jeweiligen Haushalte gelangen. Die Koppelung an die Familienbeihilfe soll bewirken, dass auch Kindern aus finanziell schwachen Haushalten die Möglichkeit auf höhere Bildung nach dem 18. Lebensjahr offen steht. Gleichzeitig soll die Verpflichtung zur Rückzahlung des vorgestreckten Betrages je nach Leistungsfähigkeit des zahlungspflichtigen Elternteils bestehen bleiben. So würde die Last der oftmals schwierigen Eintreibung eines lebensnotwendigen Unterhalts von sozial verwundbaren Alleinerziehenden auf den Staat übergehen, ohne jedoch die Zahlungsverpflichtung der leiblichen Eltern aufzuheben. Das Risiko der Uneinbringlichkeit würde so bei der Allgemeinheit liegen, womit ein großartiger Beitrag dazu geleistet würde, dass jedes Kind in Österreich eine Chance auf persönliche Entfaltung und sozialen Aufstieg bekommt. Nur so kann das Talent und Potenzial dieses Landes, das in jedem und jeder Einzelnen liegt, auch wirklich genutzt werden.

## Handlungsbedarf bei Kinderbetreuung

Handlungsbedarf sieht das Volksbegehren auch in punkto Kinderbetreuung. Für sieben von zehn Kindern unter sechs Jahren, deren Eltern vollzeitbeschäftigt sind, gibt es derzeit keine vollzeitkompatible Betreuung. Oftmals sind Plätze in Kitas, Horts und Kindergärten ob der starken Nachfrage hart umkämpft, teuer und örtlich schwer erreichbar. Für Eltern ist das alltägliche Ausüben eines Berufes jedoch direkt an die Bedingung gekoppelt, ihre Kinder während der Arbeitszeit in guten Händen zu wissen. Eine teure bzw. lückenhafte Angebotslage drängt vor allem Mütter automatisch in die Teilzeitbeschäftigung, welche wiederum erhebliche Gehaltsnachteile mit sich bringt und zur Schieflage im Verhältnis der Einkommen von Männern\* und Frauen\* beiträgt. Echte Entscheidungsfreiheit erfordert Optionen. Das Frauen\*volksbegehren fordert daher einen Rechtsanspruch auf wohnortnahe, qualitativ hochwertige, kostenlose Kinderbetreuung bis zum 14. Lebensjahr und deren Vereinbarkeit mit einer Vollzeitbeschäftigung der Eltern.

## Unbezahlte Arbeit

Die Problematik der Benachteiligung von Teilzeitbeschäftigten geht aber noch weiter. Frauen\* erledigen zwei Drittel aller Haus- und Sorgearbeit und leisten

---

**„Frauen\* erledigen zwei Drittel aller Haus- und Sorgearbeit.“**

---

damit entscheidende Arbeit am Fundament unserer Gesellschaft. Die Verrichtung dieser bedeutenden Aufgaben geschieht trotz ihrer Relevanz unbezahlt und wird zur Selbstverständlichkeit degradiert. Um ein solidarisches und vertrauensvolles Miteinander zu kreieren, bedarf es einer massiven Aufwer-

---

**„Die gewonnene Freizeit könnte gerechter zwischen den Geschlechtern aufgeteilt werden.“**

---

tung dieser Tätigkeiten in den Augen der Öffentlichkeit. Die Einführung einer 30-Stunden-Woche bei Lohn- und Personalausgleich vermag ein solches Umdenken zu fördern. Die gewonnene Freizeit könnte gerechter zwischen den Geschlechtern aufgeteilt werden, was erheblich zur Beseitigung althergebrachter Rollenzwänge beitrüge. Dies würde wiederum die Gesamtausgangslage von Frauen\* in Österreich verbessern und deren Anliegen begünstigen.

## Viele UnterstützerInnen

Die vorgestellten Anliegen sind nur drei von insgesamt neun Forderungen, die unter [www.frauenvolksbegehren.at](http://www.frauenvolksbegehren.at) nachgelesen werden können. Die vielen Helfenden und Unterstützenden bestätigen, dass eine bessere Zukunft möglich ist. Um einen Wandel einzuleiten braucht das Volksbegehren Unterschriften – je mehr desto besser. Unterstützungserklärungen können bei jedem Gemeindeamt (nicht nur am Hauptwohnsitz!) oder online eingereicht werden. Diese zählen in weiterer Folge auch als Unterschrift in der eigentlichen Eintragungswoche. Jede Stimme zählt!



**Bis 4. April kann die Unterstützungserklärung für das Frauen\*volksbegehren unterschrieben werden. Der Termin für das Volksbegehren selbst ist noch nicht bekannt.**

# „Wir können damit den kritischen Diskurs befeuern!“

So wie vor 20 Jahren äußern auch heute ÖVP und FPÖ sowie deren Frauenorganisationen Bedenken gegen einzelne Forderungen des aktuellen Frauenvolksbegehrens. Im Interview mit dem Bildungskurier erklärt die SPÖ-Landesfrauenvorsitzende Sabine Promberger warum sie das Frauenvolksbegehren unterstützt.

**Bildungskurier:** 20 Jahre ist es her, dass das erste Frauenvolksbegehren äußerst erfolgreich initiiert worden ist. Mehr als 600.000 Menschen haben dieses Volksbegehren unterstützt. Was hat sich in deinen Augen in diesen 20 Jahren verändert?

**Promberger:** Manche Forderungen wurden umgesetzt. Beispiele: Eltern haben nach drei Jahren in einem Betrieb Anspruch auf Teilzeitarbeit bis zum siebten Geburtstag des Kindes (ausgenommen sind Betriebe mit weniger als 20 MitarbeiterInnen, dort gilt das Recht auf Teilzeitarbeit nur für vier Jahre). Außerdem wird nach der Reform der Notstandshilfe das Partnereinkommen nicht mehr auf die Auszahlung der Notstandshilfe angerechnet.

Neue Themen sind dazu gekommen und manche Themen haben absolut nichts von ihrer Aktualität verloren. Luft nach oben gibt es vor allem noch bei den Forderungen gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, etc. Gänzlich neu ist die Forderung nach einer schrittweisen Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden. Von dieser würden nicht nur Frauen profitieren.

**Bildungskurier:** Ein Thema, das nach wie vor nichts von seiner Aktualität verloren hat, ist die Forderung „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“. Betrachtet man den Einkommensunterschied auch im europaweiten Vergleich, so sieht man, dass Österreich am Ende zu finden ist. Warum hat sich da so wenig bewegt?

**Promberger:** Besonders dramatisch ist dieser Einkommensunterschied auch in

Oberösterreich. So beträgt der durchschnittliche Einkommensunterschied bei Vollzeitbeschäftigten im Jahresvergleich 12.770 Euro - damit wird Oberösterreich beim Einkommensunterschied die rote Laterne nicht los.

Gerade dieser Umstand führt dazu, dass Frauen nicht nur im Erwerbsleben über ein geringeres Einkommen als ihre männlichen Kollegen verfügen. Auch bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes, oder der Pension erhalten Frauen weniger Geld.

Die Frage, wie die Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit erfolgt, wer diese leistet und welchen gesellschaftlichen Wert diese hat, fehlt leider in der öffentlichen Diskussion nach wie vor. Gerade hier erwarte ich mir durch das Frauenvolksbegehren wieder einen neuen Anstoß.

**Bildungskurier:** Die Politik ist ja nicht gerade ein Vorbild, wenn man sich die Aufteilung politischer Funktionen zwischen Männern und Frauen anschaut.

**Promberger:** Die gleichberechtigte Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien auf allen politischen Ebenen muss ein zentrales Thema für die Zukunft sein. Wie unterschiedlich dieses Vorhaben gelingt, zeigt ein Blick auf die verschiedenen Politikbereiche. Während zumindest innerhalb der oberösterreichischen SPÖ, sowohl im Landtag als auch im Nationalrat, die statutarisch festgelegten Quoten erfüllt werden, zeigt ein Blick auf die Bürgermeisterinnen noch ein gänzlich anderes Bild.

**Bildungskurier:** Ist es im eigenen Ort schwerer, sich politisch zu engagieren?

IM INTERVIEW



**Sabine Promberger**

ist seit 2014 Landesfrauenvorsitzende der SPÖ-Oberösterreich und stellvertretende Bundesfrauenvorsitzende.

Beruflich ist sie als Landtagsabgeordnete und als Erwachsenenbildnerin tätig.

**Promberger:** Warum Frauen auf kommunaler Ebene noch deutlich weniger oft als Bürgermeisterinnen anzutreffen sind, ist eine der Fragen, die durchaus genauer betrachtet werden sollten. Wobei die Frage der gleichen Beteiligung und Vertretung am besten in den diversen Wahlordnungen geregelt wäre.

**Bildungskurier:** Womit wir wieder bei der Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, von bezahlter und unbezahlter Arbeit wären?

**Promberger:** Diese Frage sollte eigentlich nicht nur unter tarifpolitischen Gesichtspunkten thematisiert werden. Hier

geht es vor allem auch um einen gesellschaftspolitischen Blick.

Damit einher geht meines Erachtens auch die im Frauenvolksbegehren aufgestellte Forderung nach einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 30 Stunden. Vielen mag diese Forderung utopisch erscheinen, geht doch die momentane politische Diskussion genau in die entgegengesetzte Richtung.

**Bildungskurier:** War es nicht so, dass – betrachtet man die Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung der 1950er Jahre – mit ähnlichen Argumenten die Einführung der 40-Stunden-Woche für unmöglich erklärt wurde?

**Promberger:** Dass diese Arbeitszeitverkürzung nicht von heute auf morgen kommen wird, scheint klar, die Vorteile einer Arbeitszeitverkürzung liegen aber auf der Hand. Studien beweisen, dass die Produktivität innerhalb eines Acht- und eines Sechs-Stunden-Tages gleich sind. Bei ArbeitnehmerInnen die sechs Stunden arbeiten, aber mit mehr Engagement und Freude an die Arbeit gehen, fallen häufig weniger Krankenstände

an und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird erleichtert.

**Bildungskurier:** Die Forderung des Frauenvolksbegehrens „Schutz gewähren“ zeigt, dass Frauenpolitik nicht an Österreichs Grenze aufhören darf. Wie „heiß“ ist dieses Thema gerade jetzt?

**Promberger:** Die Flüchtlingsbewegungen im Nahen/Mittleren Osten und in Afrika zeigen, welchen besonderen Formen von Gewalt Frauen auf der Flucht ausgesetzt sind.

Dass Gewalt gegen Frauen auch innerhalb Österreichs stattfindet, ist ja nicht wirklich neu. Jede fünfte Frau über 15 ist von Gewalt betroffen. Dass ein Großteil dieser gewalttätigen Übergriffe im Familien- und Freundeskreis stattfindet, zeigt die Dramatik der Situation.

**Bildungskurier:** Warum unterstützen die SPÖ Frauen das Frauenvolksbegehren?

**Promberger:** Es ist ein gutes Mittel, diese gesellschaftlich relevanten Themen anzustoßen, Räume zu schaffen, die eine

breite Diskussion ermöglichen und den kritischen, gesellschaftlichen Diskurs befeuern. Als SPÖ-Frauen unterstützen wir auch aus diesem Grund das Frauenvolksbegehren. Ob es am Ende des Tages erfolgreich sein wird, wird nicht nur an den erreichten Unterschriften zu messen sein, sondern daran, ob wieder Dynamik in die Diskussion um gesellschaftliche Veränderungsprozesse kommt, und ob die Forderungen, die zu einer Verbesserung der realen Lebenssituation von Frauen führen, umgesetzt werden.

---

**„Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Gesellschaft und Politik sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.“**

---

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Gesellschaft und Politik sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, leider ist sie auch im dritten Jahrtausend noch immer nicht Realität.



Männer und Frauen in der SPÖ unterstützen das Frauen\*volksbegehren.

# Es geht um's liebe Geld

Vieles hat sich für Frauen in den vergangenen 20 Jahren verbessert. Doch wenn es um das Eingemachte geht, nämlich um das liebe Geld, dann ändert sich die Lage der Frauen in unserem Land nur sehr langsam.

ELFRIEDE SCHOBER

**E**s gibt Quoten in Aufsichtsräten und in Parteien, Frauen waren Nationalratspräsidentin, immer mehr Frauen sind in traditionell „männlichen“ Branchen erfolgreich. Und dennoch sollten alle das Frauenvolksbegehren unterschreiben: Für mehr Einkommensgerechtigkeit!

## Arbeitszeitverkürzung für alle

1997, zum Zeitpunkt des ersten Frauenvolksbegehrens, betrug der Unterschied zwischen den Einkommen von Frauen und Männern brutto 40 Prozent. Zwei Jahrzehnte später liegen Frauen noch immer um 36 Prozent zurück. Gleichzeitig ist allerdings die Teilzeitquote von Frauen von 29 auf 48 Prozent gestiegen, jene der Männer nur von drei auf elf Prozent. Durchschnittlich verdient ein Mann 38.300 Euro (2016), eine Frau nur 24.430 Euro im Jahr. Der Einkommensunterschied entspricht also immer noch dem Wert eines Kleinwagens!

Ein wichtiger Lösungsansatz für die ungerecht verteilte Arbeit findet sich im Frauenvolksbegehren: Die 30-Stunden-Woche für alle! Eine gerechtere Verteilung der bezahlten Arbeit würde auch zu mehr Einkommen und besseren Aufstiegschancen für Frauen führen. Teilzeitarbeit ist nämlich oft kein Wunsch. Wenn es keinen Kindergarten mit Öffnungszeiten gibt, der eine Vollzeitbeschäftigung ermöglicht, bleibt vielen Frauen einfach keine andere Wahl und das ist besorgniserregend.

## 1.700 Euro Mindestlohn

Doch die hohe Teilzeitquote von Frauen ist nur eine von vielen Erklärungsfaktoren für die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern. Denn selbst bei Vollzeitarbeit ist der Unterschied beim Verdienst beträchtlich. Ganzjährig vollzeitbeschäftigte Frauen verdienen im Jahr durchschnittlich 40.860 Euro (2016). Das ist immer noch

### DIE AUTORIN:

#### Elfriede Schober

ist Landesvorsitzende der ÖGB-Frauen Oberösterreich. Seit 1990 arbeitet sie bei der Firma Miba Sinter Austria. Seit 2014 ist sie Betriebsratsvorsitzende. Sie ist auch Landesfrauenvorsitzende der PRO-GE OÖ sowie Mitglied des Landes- und Bundespräsidiums der PRO-GE.



um ein Fünftel weniger als der durchschnittliche Männerverdienst von 51.035 Euro. Der Unterschied hat sich im vergangenen Jahrzehnt um immerhin sieben Prozentpunkte verringert. Doch das

**„Das Frauenvolksbegehren unterschreiben für mehr Einkommensgerechtigkeit!“**

ist zu wenig! Da gerade Frauen häufig in schlecht entlohnten Branchen arbeiten, wäre ein höherer Mindestlohn ein wichtiger Schritt zu mehr Gerechtigkeit. Die ÖGB-Frauen fordern 1.500 Euro Mindestlohn sofort und 1.700 Euro Mindestlohn mittelfristig.

Selbstverständlich unterstützen die ÖGB-Frauen die Forderung des Frauenvolksbegehrens nach mehr Transparenz, denn nur so können Frauen vergleichen, wie sie mit ihrem Einkommen liegen und gegebenenfalls nachverhandeln. Auch die Forderung nach fairer Arbeitsbewertung wird mitgetragen. Es ist nicht einzusehen, dass klassisch männliche Industriearbeit so viel mehr wert sein soll, als der Dienst am Menschen, der so häufig von Frauen verrichtet wird.



**Nicht nur aufgrund der Schieflage bei den Einkommen ist es höchste Zeit für einen lauten Aufschrei der Frauen: Wir wollen mehr! Deshalb sollten alle das Frauenvolksbegehren unterschreiben und dafür werben.**

# Sexuelle Belästigung ist Machtmissbrauch

Die Diskussion zu „MeToo“ zeigt sehr deutlich auf, wie weitverbreitet sexueller Missbrauch und Gewalt nach wie vor sind.

KERSTIN SCHRABMAIR-NAGY

**S**exuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und nach dem Gleichbehandlungsgesetz (GlBG) ausdrücklich untersagt. Sowohl Frauen als auch Männer sind vom Schutzbereich des GlBG umfasst, in der Realität sind aber im überwiegenden Ausmaß Frauen davon betroffen. Das GlBG gilt für alle privatrechtlichen Arbeitsverträge.

Seit 2006 sind die Beratungen für sexuell belästigte Frauen am Arbeitsplatz im Frauenbüro der Arbeiterkammer OÖ (AK OÖ) angesiedelt. 2017 wurden hier circa 610 Beratungsgespräche (persönlich, telefonisch, schriftlich, E-Mail) geführt. Mehr als die Hälfte betrafen Fälle sexueller Belästigung.

Motiv einer sexuellen Belästigung ist in den meisten Fällen das Demonstrieren und Ausnutzen einer Machtposition. Die Sexualität wird eingesetzt, um die eigene Macht perfide auszuleben, das Gegenüber zu unterdrücken und klein zu halten.

## Verletzung der Würde

Eine sexuelle Belästigung nach § 6 Abs. 2 Z 1 GlBG setzt ein der sexuellen Sphäre zugehöriges Verhalten voraus, das die Würde einer Person verletzt, unerwünscht, unangebracht oder anstößig ist und eine einschüchternde, feindselige oder demütigende Arbeitsumwelt schafft bzw. bezweckt. Sexuelle Belästigung kann im Arbeitsalltag viele Gesichter haben. Darunter fallen beispielsweise anzügliche Witze, Ausfragen über sexuelle Vorlieben, Versenden von Bildern/SMS mit sexuellem Inhalt, körperliche Übergriffe u.v.m. Die Beratungsfälle der AK OÖ zeigen eine breite Palette an äußerst abstoßenden und mannigfaltigen Erscheinungsformen. Das würdevollverletzende Verhalten muss ein Mindestmaß an Intensität erreichen, wobei – je nach Art der Vorkommnisse – bereits Einzelhandlungen ausreichen können.

## Subjektiv betroffen

Ob der Belästiger / die Belästigerin sexuell belästigen wollte oder nicht, ist irrelevant. 2017 stellte der Oberste Gerichtshof in seiner Entscheidung 9 ObA 38/17d, vom 20.4.2017, zudem klar, dass die ausdrückliche oder stillschweigende Zurückweisung oder Ablehnung eines sexuell belästigenden Verhaltens durch die betroffene Person keine Tatbestandsvoraussetzung der sexuellen Belästigung iSd § 6 Abs 2 Z 1 GlBG ist.

Als BelästigerInnen können neben dem/der ArbeitgeberIn auch „Dritte“, wie z.B. Vorgesetzte, ArbeitskollegInnen, LieferantInnen oder KundInnen zur Verantwortung gezogen werden.

ArbeitgeberInnen sind, sobald sie von einer Belästigung Kenntnis erlangen, im Rahmen ihrer Fürsorgeverpflichtung verpflichtet, angemessene Abhilfemaßnahmen zu setzen. Bei Nichteinschreiten werden sie schadenersatzpflichtig. Mögliche Maßnahmen sind Verwarnung, Versetzung, Kündigung oder Entlassung, je nach Art und Schwere der Vorfälle.

## Schadenersatz variiert

Das GlBG sieht für Betroffenen einen Ersatz der erlittenen persönlichen Beein-

## DIE AUTORIN

**Kerstin Schrabmair-Nagy** ist Rechtsreferentin und Experte für Gleichbehandlungsfragen im Frauenbüro der Arbeiterkammer Oberösterreich.



trächtigung in Höhe von mindestens 1.000 Euro netto vor. Die Höhe des Schadenersatzes variiert u.a. je nach Art, Dauer und Intensität der Belästigung. Die Verjährungsfrist für derartige Fälle wurde u.a. auch auf Druck der Interessenvertretung mittlerweile auf drei Jahre erhöht, da Betroffene häufig lange brauchen, den Mut zu finden, über das Geschehene zu sprechen.

Zentrale Forderungen der AK OÖ als gesetzliche Interessenvertretung der unselbständig Beschäftigten sind im Zusammenhang mit sexueller Belästigung am Arbeitsplatz unter anderem die Erhöhung des Mindestschadenersatzanspruches sowie die Bestellung von zumindest einer fachkundigen Laienrichterin in arbeitsgerichtlichen Prozessen.



Ob sich eine Frau am Arbeitsplatz sexuell belästigt fühlt, bleibt ihrem subjektiven Empfinden überlassen. Bei der Arbeiterkammer gibt es dazu entsprechende Rechtsberatung.

# Her mit der Quote!

Vor 100 Jahren erkämpften Frauen das Wahlrecht. Seitdem sind sie in Parlamenten und Regierungen vertreten. Von gleichberechtigter Repräsentanz und Partizipation kann allerdings keine Rede sein.

SONJA ABLINGER

**W**eltweit erreichen nur 46 Länder in ihren Parlamenten einen Frauenanteil von mehr als 30 Prozent. Insgesamt liegt der Frauenanteil in den Parlamenten bei 23 Prozent<sup>1</sup>. Auch in Österreich sieht es nicht viel besser aus. Von den 183 Abgeordneten des Nationalrats sind derzeit 65 Frauen, das sind 35 Prozent. Österreich hat rund 2100 Gemeinden, nur 160 davon haben eine Bürgermeisterin. Ähnlich sieht es in der Wirtschaft aus: Wie der „Frauen.Management.Report 2017“ der Arbeiterkammer nachweist, sind die Geschäftsführungsetagen der 200 umsatzstärksten Unternehmen Österreichs nur zu sieben Prozent weiblich.

Das hat Folgen. Ob im Gemeinderat, im Nationalrat oder in Verbänden eine Politik gemacht wird, die die Bedürfnisse und Lebensumstände von Frauen berücksichtigt, hängt unter anderem davon ab, ob sie selbst überhaupt – und in welcher Anzahl – vertreten sind. Das ist der Punkt, wo die Quotenregelung ansetzt. Sie ist ein Instrument, das durch verpflichtende Regeln das schiefe Verhältnis in die Waage bringen soll. Erst wenn Frauen in einem relevanten Ausmaß vertreten sind, kom-

men die Themen, die für Frauen ganz besonders wichtig sind (wie etwa Lohndiskriminierung, Armut von Alleinerziehenden, Karrierehürden, Verteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit) überhaupt auf die politische Tagesordnung. Das Frauenvolksbegehren fordert daher zurecht eine gesetzliche Bestimmung für verpflichtende Geschlechterquoten von 50 Prozent auf allen Ebenen.

## Mehrheitlich abgelehnt

Es gibt wenige Länder mit gesetzlichen Quotenregelungen und die Mehrheit der Parteien oder Verbände lehnen entsprechende Maßnahmen ab. Aber überall dort, wo es ernsthafte Verpflichtungen gibt, zeigt sich, dass der Anteil der Frauen in den Körperschaften steigt.

„Politik und Verbände sind Männerdomänen.“

Von den 28 EU-Staaten haben acht eine gesetzliche, parlamentarische Quote, mit unterschiedlich wirksamen Regelungen.

### DER AUTOR:

**Sonja Ablinger** ist Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings.



Belgien hat eine gesetzliche Quotenregelung mit Reißverschlussystem. Der Frauenanteil im Repräsentantenhaus hat sich nach der Einführung der Quote von 12 Prozent im Jahr 1995 auf 38 Prozent im Jahr 2010 erhöht.

## Die Quote wirkt

Auch wenn immer wieder davon gesprochen wird, die Quote sei unnötig oder unschön, die Wirklichkeit lehrt: Von selbst passiert es eben nicht. Erst eine Quotenregelung und die Debatten darum erhöhen den Druck und machen das Ungleichverhältnis zum Thema. Hinter den Argumenten gegen die Quotenregelung liegt schlicht und einfach sehr oft der Unwillen von Männern, Macht abzugeben oder Macht zu teilen.

Die Gegner des Frauenwahlrechts meinten damals, die Frauen seien noch nicht so weit. Heute heißt es, man würde so gerne mehr Frauen nominieren, aber die Frauen wollen ja nicht. Damals wie heute gilt: an den Frauen lag und liegt es nicht.

<sup>1</sup> Daten aus der Studie der Interparlamentarischen Union (Women in national parliaments: <http://www.ipu.org/wmn-e/classif.htm>)

**Wie eine Stadt ihre Infrastruktur, ihre sozialen Einrichtungen oder ihr Versorgungsnetz gestaltet, hat Auswirkungen auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger. Frauen sollten darüber als Politikerinnen mitbestimmen.**



# Der Feind sitzt auf der Couch

Die #metoo Kampagne hat die Diskussion über sexuelle Übergriffe im Arbeitsleben angefacht. Viele Frauen sehen nun mehr Chancen, darüber öffentlich zu reden und für eine neue Grenzziehung zu sorgen.

DAGMAR ANDREE

**V**iel wird diskutiert über sexuelle Übergriffe im öffentlichen Raum. Keineswegs sollen Übergriffe relativiert oder gar negiert werden. Eines darf aber nicht übersehen werden. Die Gefahr, Opfer von Gewalt zu werden, ist in den eigenen vier Wänden um ein Vielfaches höher als außerhalb.

Gewalt in der Familie ist bittere Realität in Österreich. Natürlich nicht in jeder Familie, natürlich ist nicht jeder Mann ein Gewalttäter. Es scheint verwunder-

**„Gewalt an Frauen ist ein fundamentales, gesellschaftliches Problem.“**

lich, dass man das betonen muss. Ja, es ist eigenartig. Aber Diskussionen zeigen, dass es die Differenzierung des Themas braucht. Gewalt in Familien sollte die absolute Ausnahmeerscheinung sein. Ist sie aber leider nicht. Auch wenn Medien Gewalt oft gar nicht als diese benennen. Begriffe wie „Familiendrama“ oder „erweiterter Selbstmord“ verschleiern die

konkrete Tat, nämlich Mord. Gewalt ist mitten in unserer Gesellschaft, hat keine Nationalität, keinen sozialen Status. Ist kein „bedauerlicher milieubedingter Einzelfall“, sondern ein fundamentales gesellschaftliches Problem.

## Die Macht der Täter

Jede fünfte Frau über 15 ist in Österreich von körperlicher und/oder sexueller Gewalt betroffen – ein Großteil der Täter sind die jeweiligen (Ex)Partner. Gewalt ist vielfältig. Sie reicht von verbaler Erniedrigung, Isolierung von FreundInnen und Familienangehörigen, absoluter Kontrolle über die Finanzen bis hin zur Verweigerung jeglichen eigenen Geldes bis zu körperlicher und sexueller Gewalt.

**„Es geht darum, Macht auszubauen und abzusichern.“**

Gewalt ist ein zielgerichtetes Verhalten – es geht darum, Macht auszubauen und abzusichern. Gewalt ist strukturell.

## DER AUTOR:

**Dagmar Andree** ist Vorsitzende des Linzer Frauenhauses.

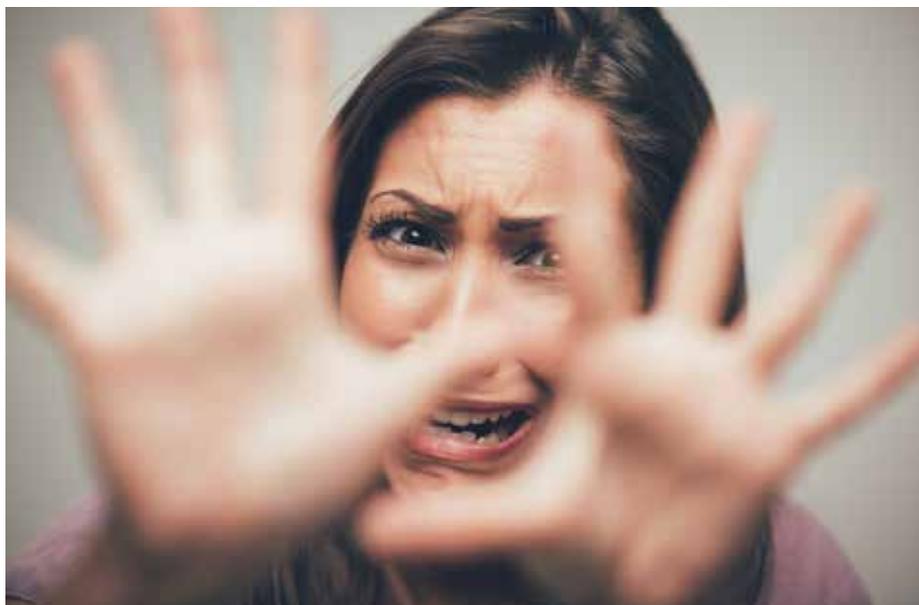


Diskriminierungen und Sozialabbau erschweren es enorm, dass Frauen aus Gewaltbeziehungen aussteigen können. Zuwenig leistbarer Wohnraum, unzureichende Einkommen, Einschnitte bei Sozialleistungen, Diskriminierungen am Arbeitsmarkt und ein Fremden- und Asylrecht, das Frauen an die Männer bindet, geben Tätern Macht, die diese erkennen und nützen.

## Zu wenig Frauenhäuser

Das erste Frauenhaus in Österreich, in Wien, feiert dieses Jahr seinen 40. Geburtstag. Das Linzer Frauenhaus wurde am 6. Mai 1982 eröffnet und war das erste in Oberösterreich. Inzwischen gibt es fünf Frauenhäuser im Bundesland, neben Linz auch in Wels, Steyr, Ried i. I. und Vöcklabruck. Manche Regionen sind dabei immer noch unterversorgt wie beispielsweise das innere Salzkammergut oder das obere Mühlviertel – ein Umstand, der dringend verändert werden müsste. Die Forderungen aus dem Frauenvolksbegehren sind voll zu unterstützen. Ebenso ist jeder Widerstand gegen Kürzungen von Frauenberatungseinrichtungen notwendig, da gerade Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, ein engmaschiges, zuverlässiges Netz an Angeboten brauchen, um aus Gewaltbeziehung aussteigen zu können.

**Jede fünfte Frau über 15 ist in Österreich von Gewalt betroffen.**



# Stark oder freundlich? – Zeit aus der Rolle zu fallen!

Von Mädchen und Burschen wird unterschiedliches Verhalten erwartet – und unterstützt. Es gilt, die jeweilige Geschlechterrolle zu erlernen, um den Erwartungen zu entsprechen.

BARBARA BLAHA

Die unvermeidliche Frage: „Was wird es denn?“ wird noch allen werdenden Eltern gestellt. Die Zuordnung Mädchen/Bub erfolgt spätestens mit dem Tag der Geburt und ist unwiderruflich gültig – mit allen dazugehörigen Konsequenzen für das jeweilige Kind. Ein Beispiel: Erwachsene wurden im Rahmen einer Studie gebeten, Kindern Eigenschaften zuzuordnen. Einmal wurden ihnen Vorschulkinder als Mädchen vorgestellt, einmal als Buben. Tatsächlich waren es immer dieselben Kinder. Wurden die „Mädchen“ von den Versuchspersonen beschrieben, dann galten sie als hübsch, leise, sanft, schwach. Den vermeintlichen „Buben“ hingegen wurden die Eigenschaften wild, groß und laut zugeordnet.

## Erlernete Rollen

Die Rollenerwartungen basieren dabei auf den kulturell vorherrschenden Idealvorstellungen von Weiblichkeit und Männlichkeit – und die sind omnipräsent. Buben sind durchsetzungs-

fähig und wettbewerbsorientiert, wild und laut, Mädchen hingegen hilfsbereit, freundlich und hübsch.

Im Zeitverlauf erweisen sich stereotype Zuschreibungen als überaus hartnäckig, obwohl sich die Rolle der Frau zumindest in den Industrienationen in den vergangenen Jahrzehnten wesentlich verändert hat. Noch nie waren Frauen so gut ausgebildet, noch nie waren mehr Frauen berufstätig. In 25 Ländern wurden jeweils 100 UniabsolventInnen gebeten, die Adjektive einer Liste, die mehr als 300 Eigenschaftswörter umfasste, jeweils Männern oder Frauen zuzuordnen. In allen untersuchten Nationen wurden Eigenschaften wie sanftmütig oder gefühlvoll ausschließlich Frauen zugeordnet, die Charakteristika stark, unnachgiebig oder unabhängig wurden Männern zugeteilt. Die jeweiligen geschlechtsspezifischen Zuschreibungen stehen einander jedoch nicht gleichwertig gegenüber, sie markieren in den meisten Fällen auch einen Statusunterschied. Jene Attribute, die Männern zugeordnet sind, genießen

### DER AUTOR:

#### Barbara Blaha

ist Autorin, Gründerin des Politikongresses Momentum und ehemalige Vorsitzende der Österreichischen HochschülerInnenschaft.



in der Regel neben dem höheren Status auch ein höheres gesellschaftliches Prestige, während Frauen besondere Fähigkeiten bei der Kinderbetreuung oder in Beziehungsfragen zugesprochen werden.

## Höheres Sozialprestige

Zuschreibungen wie diese, gekoppelt mit der gesellschaftlichen Realität in der Männer immer noch zentrale Machtpositionen besetzen, prägen den Blick der kommenden Generation auf die Welt: Schon Vorschulkinder wissen, dass Männer generell ein höheres Einkommen erzielen und in traditionellen Männerberufen kompetenter sind. Wieso sollten sie auch auf etwas anderes schließen?

Dabei sind tatsächlich messbare (biologische) Unterschiede zwischen den Geschlechtern vielerorts unbedeutend oder gar nicht vorhanden. In Summe ergeben sich deutlich mehr Ähnlichkeiten als Abweichungen. Trotzdem kommt der Frage Mann oder Frau im Alltag eine enorme Bedeutung zu. Das allein wäre vielleicht nicht weiter problematisch, allerdings sind die daran geknüpften gesellschaftlichen Chancen unterschiedlich verteilt: und das meist zum Nachteil von Frauen.

---

Mädchen und Buben wachsen noch immer in festgelegten Rollenbildern auf.

---



# 200 Jahre Karl Marx

Die Erinnerung an den 200. Jahrestag der Geburt von Marx ist aus mehreren Gründen für die inhaltliche Debatte bzw. für die Bildungsarbeit innerhalb der SPÖ wichtig.

BERND DOBESBERGER

Der Umgang mit Karl Marx und seinen Werken ist nicht einfach. Im Lauf der vergangenen etwa 170 Jahre wurde er verteufelt und glorifiziert, generell als politischer und wissenschaftlicher Irrläufer ins Depot verfrachtet oder als „allmächtig“ (Lenin) verherrlicht.

## Bronze-Marx als Denkanstoß

In Neubrandenburg, das gehörte früher zur DDR, wird derzeit überlegt, ein vor 17 Jahren abgebautes Karl-Marx-Denkmal wieder aus dem Depot zu holen. Es soll nicht wieder aufgestellt werden, sondern der bronzene Marx soll öffentlich „hingelegt“ werden und so zur Diskussion anregen. Und diese ist heute durchaus wieder notwendig.

Karl Marx war in der Entwicklung der österreichischen Sozialdemokratie über viele Jahrzehnte ein zentraler Bezugspunkt. Seine politischen, wissenschaftlichen und publizistischen Arbeiten waren ständig präsent, wurden immer wieder als Begründung für die jeweils aktuelle Politik herangezogen.

Um die historische Entwicklung der Sozialdemokratie verstehen zu können ist es deshalb wichtig sich auch mit Marx und dem „Marxismus“ zu beschäftigen. Damit ist ein zentrales Problem angesprochen: Marx und sein Werk sind nicht immer und nicht überall Deckungsleich mit dem, was als „Marxismus“ verbreitet wurde. Das ist ein wesentlicher Grund warum heute die Auseinandersetzung mit Marx lohnt. Durch kritischen Diskurs kann er von der kirchenartigen und abgeschlossenen Weltanschauung gelöst werden.

## Gegenwart vorausgedacht

Marx ist aber nicht nur aus historischen Gründen für die Sozialdemokratie interessant, auch der Wissenschaftler, der sich mit der politischen Ökonomie und mit der gesellschaftlichen Struktur des Kapitalismus intensiv beschäftigt hat, kann heutige Diskussionen über diese Fragestellungen beleben.

Bereits im „Kommunistischen Manifest“ aus dem Jahr 1848 schreibt Marx (und Friedrich Engels) über die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Kapitalismus:

„Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeois-Epoche vor allen früheren aus (...) Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten, und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossen-

### DER AUTOR:

**Bernd Dobesberger** ist Landesbildungsvorsitzender der SPÖ Oberösterreich.



heit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut. Die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich, und aus den vielen nationalen und lokalen Literaturen bildet sich eine Weltliteratur.“

Ganz schön heutig für einen Zweihundertjährigen!



**Karl Marx bietet auch heute noch aktuellen Diskussionsstoff.**

## Junge Generation Oberösterreich

# Armut ist weiblich

Obwohl Österreich zu den reichsten Ländern der Welt zählt, gelten laut einer Studie von Statistik Austria 14% der Frauen als armutsgefährdet. Knapp die Hälfte davon ist von manifester Armut betroffen und muss mit vielen Einschränkungen in zentralen Lebensbereichen ankämpfen. Gerade auch junge Frauen werden wegen den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen mit vielen Armutsfallen konfrontiert. Zum einen arbeiten viele Frauen in atypischen und prekären Beschäftigungsverhältnissen, was sich stark auf das Erwerbseinkommen, aber auch später auf die Pensionsbezüge auswirkt.



Erheblich von Armut betroffen sind aber vor allem alleinerziehende Frauen, denn wegen der niedrigeren Erwerbstätigkeit, den geringeren Löhnen und steigenden Lebenshaltungskosten wird der tägliche Überlebenskampf immer härter. Hinzu kommt das nicht ausreichende Kinderbetreuungsangebot und die neu eingeführte Gebühr für die Nachmittags-Betreuung. Der ultra- konservativen schwarz-blauen Landesregierung gilt es entschlossen entgegenzutreten, denn jede Frau verdient Wahlfreiheit und finanzielle Sicherheit.

### Jahoda-Bauer-Institut

## www.ronja-verdient-mehr.at

Vor mehr als 60 Jahren, am 16. Juni 1953 ratifizierte Österreich eine Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, die besagt, dass Männer und Frauen für dieselbe oder für gleichwertige Arbeit gleich zu entlohnen sind. Seither gilt in Österreich der Grundsatz der Entgeltgleichheit, der jede Ungleichbehandlung aufgrund des Geschlechtes untersagt. Die Realität sieht aber anders aus: Vollzeit-berufstätige Frauen

verdienen im Jahr um € 12.770,- weniger als Männer obwohl sie fast 10 Stunden (bezahlte & unbezahlt) mehr arbeiten. Nach wie vor hängen Bildungschancen, die Höhe des Einkommens, die Gestaltung der Freizeit oder auch die Höhe der Pension vom Geschlecht ab. [www.ronja-verdient-mehr.at](http://www.ronja-verdient-mehr.at) zeigt diese Ungerechtigkeiten auf und gibt Handlungsanleitungen für eine gerechtere Gesellschaft.



**CENTRAL MIETEN**

Tagungen, Seminare, Workshops oder vielleicht doch ein Firmen-Event? Was auch immer Sie planen, wir bieten Ihnen die perfekte Location dafür. Mitten in Linz bietet sich Ihnen ein professionelles Zentrum mit moderner, technischer Ausstattung. Der Charme des früheren Central-Kinos tut sein Übriges zum Ambiente bei.

**Ihre individuelle Veranstaltung im CENTRAL**



Sie planen ein großes Familienfest? Eine Geburtstagsfeier? Oder wollen Sie den schönsten Tag – Ihre Hochzeit – mitten in Linz feiern? Dann sind Sie bei uns richtig. Machen Sie Ihre Feier zu etwas ganz besonderem, wir unterstützen Sie gerne dabei.



Über das Jahr verteilt finden bei uns eine Vielzahl von Tagungen, Seminare und Workshops statt. Der Saal und die umliegenden Nutzflächen bieten auf über 270 m<sup>2</sup> Platz für Kongresse und Konferenzen, sowie Messen und Produktpräsentationen.



Konzerte, Kabarett, Lesungen, Vorträge oder Buchvorstellungen. So unterschiedlich die Kunst und Kultur auch ist, so hat alles doch eines gemeinsam, große Emotionen, die Sie vermitteln wollen. Das Central bietet dafür genau den richtigen Rahmen.

**Sie haben Fragen an uns?**

Kein Problem. Rufen Sie uns doch einfach an oder schreiben Sie uns eine E-Mail. Wir beantworten gerne Ihre Fragen.

Hotline: +43 (0) 5 7726 1199    E-Mail: [office@centrallinz.at](mailto:office@centrallinz.at)




## Jahresabschlussfeier

2017 fand die Jahresabschlussfeier wiederum im unvergleichlichen Ambiente des Linzer „Central“ statt. Über 120 FunktionärInnen und BildungsaktivistInnen aus ganz Oberösterreich waren gekommen, um das politisch-kulturelle-kulinarische Programm zu genießen. Landesbildungsvorsitzender Bernd Dobesberger gab einen Rückblick auf ein ereignisreiches Jahr und skizzierte die künftigen Aufgaben der Bildungsorganisation. SPÖ Vorsitzende Birgit Gerstorfer stellte den politischen Widerstand dar, den sie gegen die Kürzungen des Sozialbudgets erbringen musste. Den kulturellen Teil des Abends bestritt Autor Thomas



Baum, der seine Texte weniger vorlas als viel mehr wundervoll inszenierte. Musikalisch brachte uns das Duo Ritva in beste vorweihnachtliche Stimmung. Beim kulinarischen Angebot schließlich wurde von den Gästen reger Austausch und wertvolle Vernetzung betrieben. Ein rundum gelungener Abend!

**Thomas Baum zog die Gäste der Jahresabschlussfeier bei seiner Art von Lesung in seinen Bann.**

## SPÖ GemeindevertreterInnenverband OÖ

### 2018: Es ist Halbzeit!

Es ist (Halb-)Zeit! Unglaublich aber wahr: nur noch knapp drei Jahre bis zur nächsten Gemeinderatswahl. Und noch nie zuvor war Kommunalpolitik so herausfordernd. Egal ob Gemeindefinanzierung neu, neue MitmacherInnen für den Gemeinderat finden oder mit den eigenen Themen zu den Menschen durchzudringen: die Herausforderungen für die Kommunen und Fraktionen sind so groß wie nie.

Und - im Land und im Bund sind neue Oppositionszeiten angebrochen. Was heißt das für uns als SPÖ? Was heißt es für uns in den Gemeinden? Dafür möchten wir uns ordentlich wappnen

und vorbereiten. Aus diesem Grund laden wir zum 2. GVV Kommunal.Forum ein – der Startschuss für das „Halbzeitjahr 2018“

**GVV Kommunal.Forum am Samstag, 28. April 2018, 09.00 – 12.30 Uhr, Kultur- und Sportzentrum Hörsching**

- Mit Inputs von Christian Kern, Birgit Gerstorfer und Dr.<sup>in</sup> Tamara Ehs
- Arbeitskreise zu den Themen: Gemeindefinanzierung neu, Regierungsprogramm von ÖVP/FPÖ, MitmacherInnen finden, Gemeindeordnung und Öffentlichkeitsarbeit in der Gemeindepolitik
- Wir bitten um verlässliche Anmeldung bis 25. April unter [www.gvv.at/kommunalforum](http://www.gvv.at/kommunalforum) !

**Immer mehr Menschen in Österreich nutzen George.**

George. Das modernste Banking Österreichs.  
[sparkasse.at](http://sparkasse.at)

**SPARKASSE** Oberösterreich

Was zählt, sind die Menschen.

# Die Rückeroberung der Zukunft

## Freitag, 13. April bis Sonntag, 15. April 2018

### Hotel Freunde der Natur, Spital am Pyhrn



# PROGRAMM

## Freitag, 13. April

18:00 Uhr: **Eröffnung**

Ewald Lindinger, Vizepräsident des Bundesrates und Bgm. a.D.  
Sabine Promberger, Landesfrauenvorsitzende und Landtagsabgeordnete  
Bernd Döbseberger, Landesbildungsvorsitzender

**Begrüßung und erstes Kennenlernen**

18:30 Uhr: **gemeinsames Abendessen**

19:30 Uhr: **Karl Marx und seine Bedeutung für heute**  
Filmabend „Der Junge Karl Marx“

## Samstag, 14. April

9:00 – 12:00 Uhr: **Den Blick schärfen: Umbrüche und gesellschaftlicher Wandel**

Bernd Döbseberger & Dr. Georg Hubmann

12:00 Uhr: **gemeinsames Mittagessen**

14:00 – 17:00 Uhr: **Workshoppurunden**

**Digitalisierung:**

**Industrie 4.0 & Arbeit 4.0**

Mag. Reinhard Halder, BSC  
Fachreferent für Digitalisierung der  
Arbeitswelt im Bereich Arbeitsbedingun-  
gen in der AK Oberösterreich

**Klima- und Energiezukunft  
für Österreich - wie kann die  
Wende gelingen?**

Mag. Johannes Wahltrüller  
Klima- und Energieexperte bei der Um-  
weltorganisation GLOBAL 2000

**Zeit aus der Rolle zu fallen?  
Geschlecht und Rollenbilder  
im Wandel**

Mag.ª Barbara Blaha  
Publizistin, Autorin und Leiterin des  
Politikongress Momentum

**Bessene Radikalität:**

**10 Schritte, wie die  
Sozialdemokratie wieder zu  
Mehrheiten kommt.**

Robert Misik  
Journalist und politischer Schriftsteller

**Sprache & Kommunikation in der  
Politik – von Framing bis  
Manipulation... und wie wir  
damit umgehen können**

Mag. Michael Niedermair  
Politikwissenschaftler, Berater,  
Coach & Trainer

**Wer verändert die Welt?  
Akteure von politischen  
Veränderungsprozessen**

Dr.ª Eva Zeglövits  
Geschäftsführerin FES (Institut für em-  
pirische Sozialforschung), Politikwissen-  
schaftlerin, Autorin

**Sozialstaat im Kapitalismus =  
Politik für die Vielen**

**Rote Argumente gegen  
Sozialabbau von Türkis-Blau**  
Mag.ª Bettina Csoka  
Ökonomin, Verleihungsexpertin,  
Fachreferentin in der AK Oberösterreich

## ORGANISATORISCHES

### Teilnahmebeitrag

Der Teilnahmebeitrag beinhaltet Vollpension samt Übernachtung im Doppelzimmer: EUR 80,00 (EUR 70,00 für SPÖ-Mitglieder). Befreit sind SchülerInnen, Lehrlinge, Studierende, Karenzierte sowie Arbeitssuchende. Einzelzimmerzuschlag ist direkt bei der Hotelrezeption zu bezahlen.

### Infos

Infos unter: 05 77 26 11 - 16, [www.renner-institut.spoee.at/unser-angebot/fruehlingswerkstatt](http://www.renner-institut.spoee.at/unser-angebot/fruehlingswerkstatt)

### Anfahrt

Hotel Freunde der Natur: Wiesenweg 7, 4582 Spital am Pyhrn, [www.naturfreundehotel.at](http://www.naturfreundehotel.at)  
Mit dem Auto: von Linz/Graz A9, Abfahrt Spital/Pyhrn  
Mit der Bahn: Bahnhof Spital/Pyhrn

